



## Waiblingen

### Hartwaldhalle bekommt neue Kabinen

Im zweiten Bauabschnitt soll die Halle selbst neu gebaut werden

Seite B 1

## Weinstadt

### Schüler entwickeln eigene Kleidung fürs Remstal-Gymnasium

Mit den Shirts soll der Zusammenhalt gestärkt werden

Seite B 3

## Rems-Murr

### Kürzungen beim Wiesel – oder weniger Züge

Verkehrsministerium begründet die Umschichtungen im Etat

Seite C 4

## Rems-Murr

### Generation Online: So denken die jungen Leute

Soziale Plattformen wie Facebook gelten mittlerweile als Massenphänomen unter Jugendlichen. Eltern quälen sich mit Sorgen: Ahnen Schüler überhaupt, welchen Gefahren sie sich aussetzen? Im Gespräch mit Schülern einer 13. Klasse des Waiblinger Wirtschaftsgymnasiums wird klar: Sie wissen, was sie tun.

Seite C 3



Massenphänomen Facebook.

## Wir sind für Sie da

**Aboservice** (071 51) 566 - 444  
aboservice@zvw.de

**Anzeigen** (071 51) 566 - 411  
anzeigen@zvw.de

**Redaktion** (0 71 51) 566 - 576  
waiblingen@zvw.de

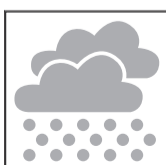
**Lokal** (0 71 51) 566 - 275  
kreis@zvw.de

**Kreis** (0 71 51) 566 - 262  
sport@zvw.de

## Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
7748,86 Pkt. + 46,63 Pkt.	2726,63 Pkt. + 17,04 Pkt.	1,3313 Dollar - 0,39 Cent

## Wetter



Mittags 2°  
Nachts - 6°  
Meist stark bewölkt,  
etwas Schneefall



## 2000 Einsprüche gegen Windkraft auf der Buocher Höhe



Die Windkraft in der Region Stuttgart bekommt den meisten Gegenwind aus dem Remstal. Von über 3000 Stellungnahmen zu den 96 Wind-

kraft-Standorten entfallen 2000 auf die „Buocher Höhe“ (Bildmontage: Mogck/Bernhardt). Und auch gegen die geplanten Vorranggebiete

auf dem Schurwald und Welzheimer Wald werden viele Einsprüche erhoben. Insgesamt ist aber die Akzeptanz der Windkraft in der Region

hoch, stellt Regionalplaner Thomas Kiwitt fest: Zu 80 der 96 Standorte hat es überhaupt keine Einwände gegeben. Seite C 1

## Stuttgarter Polizei hat V-Leute unter den Fußballfans

Informanten sollen helfen, schwere Straftaten zu verhindern – VfB-Ultras sind empört

Die Polizei setzt in mehreren Bundesländern sogenannte Vertrauenspersonen gegen Straftäter in der Fußball-Fanszene ein. Jetzt räumt man diese Praxis auch in Stuttgart erstmals ein.

VON MICHAEL ISENBERG  
UND JÜRGEN BOCK

STUTTGART. Die Nachricht ist brisant, bestätigt sie doch Vermutungen, die unter Fußballanhängern schon länger kursieren. „Wir wollen mit dem taktischen Einsatz von Vertrauenspersonen im Wesentlichen Straftaten verhindern“, sagt Dezernatsleiter Willy Pietsch von der Stuttgarter Polizei unserer Zeitung. Erst vor kurzem hatte das Innenmi-

nisterium bestätigt, dass die Praxis, V-Leute bei Sportveranstaltungen einzusetzen, auch in Baden-Württemberg gängig sei.

Als Vertrauenspersonen – umgangssprachlich V-Leute – werden Fans eingesetzt, die der Polizei gegen Geld Informationen aus der Szene liefern. Im Gegensatz zu verdeckten Ermittlern sind es keine Beamte. Wie viele V-Leute sie führt und bei welchen Spielen diese zum Einsatz kommen, behält die Polizei unter Verschluss. Identitäten der V-Leute werden sogar polizeintern geheim gehalten, um sie nicht zu gefährden.

Es gehe bei Einsätzen „vor allem um Prävention, weniger um Strafverfolgung“, erklärt Pietsch. Man spähe nicht spezielle Fan-Gruppen aus, sondern wende sich gezielt gegen einzelne Personen, die schwere Straftaten im Umfeld von Fußballspielen, aber

auch anderorts begehen. Beim VfB Stuttgart begrüßt man dieses Vorgehen.

Damit dürfte der Verein auf Konfrontationskurs zumindest mit einem Teil seiner Anhänger gehen. „Wir sind über den Einsatz der V-Leute empört“, sagt ein Mitglied der Ultra-Gruppierung Commando Cannstatt. Dort sammeln sich besonders eingefleischte VfB-Fans.

Das Verhältnis zu Politik und Polizei gilt als angespannt. Die Maßnahme sei unverhältnismäßig, kritisieren die Ultras: „Damit stellt die Polizei Menschen, die den Fußball lieben und feiern, auf eine Stufe mit politisch oder religiös motivierten Terrorgruppen oder Gruppen des organisierten Verbrechens.“ Die Polizei kontert, es gehe auch um den Schutz Unbeteiligter.

Tagesthema

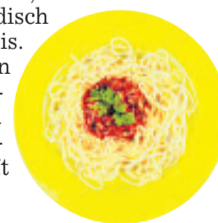
## Rösler bleibt Chef, aber Brüderle wird Spitzenkandidat

BERLIN (rtr). Philipp Rösler bleibt nach dem Wahlerfolg der Liberalen in Niedersachsen FDP-Chef – trotz der internen Kritik der vergangenen Wochen. Als Spitzenkandidat soll die Partei allerdings nach einem einstimmigen Beschluss des Vorstands vom Montag Fraktionschef Rainer Brüderle in die Bundestagswahl im Herbst führen. Rösler bot nach Angaben aus der Parteiführung Brüderle zwar an, auch den Parteivorsitz zu übernehmen. Der lehnte aber ab. „Es war nicht meine Absicht, Parteivorsitzender zu werden“, sagte der 67-jährige Brüderle. Endgültig entschieden werden soll über die Tandemlösung auf einem vorgezogenen FDP-Bundesparteitag Anfang März.

Leitartikel Seite 2  
Seite 3

## Gemeinsam einsam

Wussten wir's doch: Wer bei Facebook ständig lustige Sachen postet, andere mit Freundschaftsanfragen überzieht und der Welt erzählt, er habe gestern Abend lecker Spaghetti gekocht, der ist im Grunde ein armer Wicht. Forscher aus Darmstadt und Berlin haben 600 Mitglieder des Netzwerks ausgefragt. Mehr als ein Drittel macht Facebook schlechte Laune, weil alle dort so gut drauf seien. Die Frustrierten lassen sich das aber nicht anmerken, sondern tragen einfach ebenfalls dick auf, woraufhin wiederum die anderen neidisch werden. Ein Teufelskreis. Eigentlich müsste man sich bei Facebook abmelden, wäre es da draußen in der wirklichen Welt nicht oft genau dasselbe. (rai)



## Verdi-Chefin Breymaier lehnt Sparkurs ab

STUTTGART (ari). Die Verdi-Landesvorsitzende und stellvertretende SPD-Chefin Leni Breymaier hält den grün-roten Sparkurs im Südwesten für falsch. Es gehe nicht an, dass der Finanzminister eines der reichsten Bundesländer „mit der Fackel voran“ renne und zur Sparsamkeit aufrufe, kritisierte sie Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid, der auch SPD-Landeschef ist. Notwendig seien vielmehr Steuererhöhungen.

Dass für dieses Jahr nur 1,5 Prozent Gehaltserhöhung für Staatsdiener eingeplant seien, könne sie nicht mittragen, sagte sie beim Redaktionsbesuch unserer Zeitung. Verdi und Beamtenbund fordern 6,5 Prozent Tarifierhöhung für den öffentlichen Dienst der Länder. Ende Januar beginnen die Verhandlungen.

## Tagesthema

### Notwendig

Die Polizei kommt um V-Leute im Stadion nicht herum

VON MICHAEL ISENBERG

Die Stuttgarter Polizei bestätigt, dass sie V-Leute in der Mercedes-Benz-Arena einsetzt. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden: Die Polizei hat den gesetzlichen Auftrag, Gefahren abzuwehren und die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu schützen. Dazu kann sie ein Arsenal exakt definierter Mittel einsetzen, wozu in Baden-Württemberg seit der Novelle des Polizeigesetzes Ende 2012 auch sogenannte „Vertrauenspersonen“ gehören, also V-Leute. Außerdem, man muss das wohl erwähnen, ist ein Fußballstadion kein rechtsfreier Raum.

In der Saison 2001/2002 gab es nach Angaben der Bundesregierung im Zusammenhang mit Spielen der ersten und zweiten Bundesliga, in Pokalwettbewerben und bei Länderspielen 861 Fälle von Körperverletzung. In der Saison 2011/2012 waren es 1831 Fälle. Für die Polizei besteht also Handlungsbedarf.

Die Empörung, mit der harte Fans wie die Ultras auf die V-Leute reagieren, ist trotzdem teilweise nachvollziehbar: Schließlich muss – auch das ist Gesetz – jede Maßnahme der Polizei auch verhältnismäßig sein. Für die Ultras ist das der Knackpunkt: Sie sehen sich durch den V-Mann-Einsatz auf eine Stufe gestellt mit Terroristen und Verbrecherbanden. Das ist polemisch zugespitzt, entfaltet aber seine Wirkung in Zeiten, in denen jedem beim Stichwort V-Mann sofort das krasse Versagen der Sicherheitsbehörden bei den NSU-Morden einfällt.

Die Ultras sind aber auch Teil des Problems: Durch ihre strikte Abschottung gegenüber der Staatsmacht vergibt die Fan-Szene zugleich die Chance, ihr wahres Gefährdungspotenzial darzustellen und die Einschätzung der Behörden gegebenenfalls zu relativieren. Letztlich ist es diese Mauer des Schweigens – oder der Ignoranz – wegen der die Polizei V-Leute im Stadion einsetzt. Das muss man nicht gut finden. Aber notwendig ist es. Leider.

m.isenberg@stn.zgs.de

## Datenraum gegen die S-21-Informationenlücke

Stuttgart 21: Bahn-Vorstand Volker Kerfer wirbt bei Projektpartnern um verloren gegangenes Vertrauen

VON JOSEF SCHUNDER  
UND MICHAEL ISENBERG

STUTTGART. Im Streit über Informationen zu den Mehrkosten bei Stuttgart 21 in Gesamthöhe von bis zu 2,3 Milliarden Euro scheinen die Wogen etwas geglättet. Die Bahn hat ihren Partnern Stadt, Region und Land am Montag zugesichert, die geforderten Informationen bis Ende Januar bereitzustellen.

„Die Partner sollen sich selbst ein Bild ma-

chen können“, sagte Bahn-Technikvorstand Volker Kerfer am Montagmittag nach dem Treffen mit Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), Stuttgartis OB Fritz Kuhn (Grüne) und Regionalpräsident Thomas Bopp (CDU) in Stuttgart.

In einem sogenannten Datenraum bei der S-21-Projektfirma sollen die „sehr sensiblen Daten“ (Hermann) für Vertrauenspersonen der Projektpartner bereitgestellt werden. Die Durchsicht dürfte einige Tage in Anspruch nehmen, so Kerfer. Auf Grundlage der Daten

soll der nächste Lenkungsreis Ende Februar stattfinden. Dann könnte auch über den Flughafenbahnhof entschieden werden.

Man habe „in aller Klarheit, allerdings ohne Schaum vor dem Mund“ miteinander gesprochen, sagte Hermann am Montag. Er habe dabei das eigenständige Informationsrecht der Projektpartner – unabhängig vom Bahn-Aufsichtsrat – betont.

Aus Sicht von Stuttgarts Oberbürgermeister Kuhn bleibt die Vertrauenskrise zur Bahn durch die im Dezember überraschend

publik gemachte Kostenexplosion bestehen. Er habe aber „keine schlechte Sitzung“ erlebt, betonte Kuhn. Aus Teilnehmerkreisen hieß es, dass Kuhn und Kerfer rasch zu einem professionellen Umgang gefunden hätten.

Laut Kerfer könnte der Aufsichtsrat der Bahn Ende Februar über die Frage entscheiden, ob das Unternehmen 1,1 Milliarden Euro Mehrkosten komplett übernimmt. Über weitere Kostenrisiken von 1,2 Milliarden Euro sind sich Land, Stadt, Region und Bahn allerdings uneins.

## Rundschlag

VON JÖRG NOLLE

### Wenn die Bahn mal pünktlich ist

Unser Leser und S-Bahn-Fahrer Heinz Kienzle wollte der Bahn auf die Schliche kommen und hat mal aufgeschrieben, wann sie schlecht. Oder gleich gar nicht dahergeschlichen kommt.

Er hat sich für die Dokumentation des „ganz normalen Wahnsinns“ (Kienzle) den letzten Donnerstag vorgenommen. Ab Stuttgart-Feuersee mit der S 2 bis nach Endersbach. Leser Kienzle wohnt in Strümpfelbach. Was schon zu dieser Vorbemerkung führt: Wenn es zu Verspätungen kommt, ist oft auch der Anschluss perdu, der Bus. Der nicht just am Gleis wohnende Fahrgast kann gucken, wie er befördert wird.

Kurzum: Von zehn S-2-Verbindungen zwischen 18.02 und 19.14 Uhr in Richtung Schorndorf und in Richtung Filderstadt hatten zwei eine Verspätung von zehn und mehr Minuten, vier eine Verspätung von vier und mehr Minuten. Und zwei Fahrten fielen gleich ganz aus.

Meist lautete die Begründung, die Verspätung komme durch einen vorausfahrenden Zug, der halt auch nicht so schnell kann, wie er will, im Notfallplan Stuttgarter Bahnhof. Wohl gemerkt, wir sind hier lediglich bei den S-Bahnen. Dass der Regionalbummelzug auf der Remsstrecke Verspätung hat, ist so sehr zur Gewohnheit geworden, dass man fluchen könnte, wenn er pünktlich kommt. Nicht einmal mehr auf die Unpünktlichkeit der Bahn ist Verlass.

Die Bahn AG hat erkannt, dass es so schlechend nicht weitergehen kann. Sie ruft die Presseleuteschaft zu einem Gespräch nach Stuttgart, jetzt am Mittwoch soll's stattfinden.

Wahrscheinlich sagen die Sprecher, das mit den Verspätungen sei ja gar nicht so schlimm.

Stimmt: Ausgefallene Züge tauchen in den Verspätungsstatistiken gar nicht erst auf. Wohl sollte die Bahn den Betrieb einstellen, dann gibt es auch keine Probleme mehr mit der Pünktlichkeit.

## Kompakt

### Sicherheitsangestellter stürzt auf Eisfläche

Schorndorf.

Nachdem es am vergangenen Wochenende zu winterbedingten zahllosen Verkehrsunfällen gekommen ist, blieb am Montagmorgen das Winterchaos im Kreis glücklicherweise aus. Schwer verletzt wurde jedoch ein Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes, der in der Nacht zum Montag auf dem Betriebsgelände einer Firma in Schorndorf auf einer Eisfläche ausgerutscht war. Der 22-Jährige wurde von einem Kollegen bewusstlos auf dem Boden liegend gefunden. Der Rettungsdienst brachte ihn auf die Intensivstation eines Krankenhauses.

### Trickdieb versucht, ältere Damen zu bestehlen

Schorndorf.

Ein Trickdieb hat am Freitag im Betreuten Wohnen einer Senioreneinrichtung in der Gmünder Straße in Schorndorf gegen 13.45 Uhr bei drei Damen geklingelt und sie mit „Du“ angesprochen. Er täuschte den Damen vor, sie zu kennen, und fragte, ob sie 50 Euro wechseln könnten. Er gab an, einen Taxifahrer vor dem Haus bezahlen zu müssen und dass eine „Anna“ im Taxi warten würde, die sich freue, die jeweilige Dame zu sehen. Zwei Damen wiesen den Täter gleich an der Haustür ab, eine dritte sagte zu, vor das Haus zu kommen. Daraufhin machte sich der Täter davon. Er sprach schwäbisch, war etwa 55 Jahre alt, 170 Zentimeter groß, schlank, mit rundlichem Gesicht. Bekleidet war der Täter mit einer braunen Jacke, brauner Hose und einem grünen Hemd. Hinweise: ☎ 0 71 81 / 20 40.

### Betrügerinnen ergaunern 50 Euro

Winnenden.

Zwei Betrügerinnen betreten ein Friseurgeschäft in der Winnender Marktstraße, gaben vor, ein Haarpflegeprodukt kaufen zu wollen und bezahlten dieses mit einem 100-Euro-Schein. Als die Friseurin ihnen das Wechselgeld ausgehändigt hatte, wollte die vermeintliche Kundin den herausgegebenen 20-Euro-Schein in 10-Euro-Scheine getauscht haben. Nachdem ihr die Beschäftigte auf Nachfrage entgegnete, dass das Produkt nicht gegen Pickel geeignet sei, wollte sie den Kauf rückgängig machen. Die Mitarbeiterin gab den beiden den 100-Euro-Schein zurück und erhielt von den beiden Damen das zuvor ausgehändigte Wechselgeld, wobei ein 50-Euro-Schein fehlte. Die beiden Frauen waren höchstens 160 Zentimeter groß und nicht älter als 20 Jahre. Sie hatten schwarze Haare. Hinweise: ☎ 0 71 95 / 69 40.

## EXTRA: Windkraft im Rems-Murr-Kreis

# Bürgerprotest gegen Windräder

Die meisten Einwände gegen Windkraftanlagen in der Region Stuttgart

kommen aus dem Rems-Murr-Kreis

Waiblingen/Remshalden (wtg). 22 Einsprüche gegen ein Windrad auf dem Kappelberg, 140 gegen Windkraftanlagen rund um Schorndorf-Oberberken, 250 gegen Windräder bei Winterbach-Manolzweiler – und 2000 Proteste gegen Windkraft auf der Buocher Höhe. Den größten Widerstand in der Region Stuttgart erfahren neue Windräder hier im Kreis.

Insgesamt über 3000 Bürger haben gegen die Pläne des Verbandes Region Stuttgart Einsprüche erhoben, an insgesamt 96 Standorten bis zu 500 Windräder zu errichten. Gegen 80 sogenannte Vorranggebiete hat es jedoch überhaupt keine Einwendungen gegeben, sagt Regionalplaner Thomas Kiwitt. Massiv hingegen kommt der Protest aus dem Remstal. Wie berichtet, hat sich die Bürgerinitiative „Schützt die Buocher Höhe“ gebildet, früh den Widerstand gegen die auf Waiblinger Gemarkung liegenden Windräder organisiert und mit dem Fußballer Cacau, Ex-Kicker Hansi Müller oder dem Rennfahrer Jochen Winkelhock prominente Unterstützer aus Korb besorgt.

Der Verband Region Stuttgart hegt große Pläne mit dem Wind. Der Anfang 2011 veröffentlichte Windatlas Baden-Württemberg löste eine erste Welle der Diskussionen aus: Denn auf den ehemals als viel zu schwach angesehenen Standorten auf dem Schurwald oder in den Berglen bläst durchaus eine kräftige, für die bis zu 140 Meter großen Windräder durchaus ausreichende Brise. Jahrzehntlang hatten Windräder in der Region planungsrechtlich kaum eine Chance. Mit der Energiewende drehte sich auch der Wind für erneuerbare Energien: Regionalplaner Thomas Kiwitt überraschte im Sommer 2012 die Bürger mit dem Entwurf für einen neuen Regionalplan, der plötzlich 96 Vorranggebiete für Windkraft vorsah, davon etwa 20 zwischen Rems und Murr. Bei zehn öffentlichen Veranstaltungen stellte Regionalplaner Thomas Kiwitt im Herbst diese Pläne vor, wohl wissend, dass von dieser „Maximalkulisse“, wie er sich ausdrückte, wieder eine ganze Reihe in der Schublade verschwinden werden.

### Vorranggebiet bedeutet nicht, dass auch Windräder gebaut werden

Ab Herbst waren Behörden, Gemeinderäte, Verbände am Zug – und nicht zuletzt die Bürger. In den kommunalen Gremien ist der Regionalplan intensiv und kontrovers debattiert worden, in den Amtsstuben wird das Für und Wider abgewogen, und die Bürger konnten selbst Einsprüche einlegen. Im nächsten Schritt entscheidet die Regionalversammlung, welche Standorte als Vorranggebiet für Windkraft im Regionalplan ausgewiesen werden. Aber selbst wenn dieser fortgeschriebene Regionalplan ein Vorranggebiet ausweist, bedeutet dies nicht, dass dort auch Windräder gebaut werden. Denn für die Errichtung bedarf es eines Investors, der den Plan mit Leben erfüllt.

## Bis Anlagen stehen, vergeht viel Zeit

Längeres Genehmigungsverfahren geht dem Bau voraus

Waiblingen (awus). Bürger können keine Windkraftanlagen verhindern, denn sie können keine rechtsverbindlichen Entscheidungen in diesen Fragen treffen.

Trotzdem: Dem Land Baden-Württemberg liegt offenbar daran, nicht über die Köpfe der Bürger hinweg etwas durchzudrücken. Der Windenergieerlass, eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift mehrerer Ministerien, empfiehlt aktive Beteiligung der Bürgerschaft.

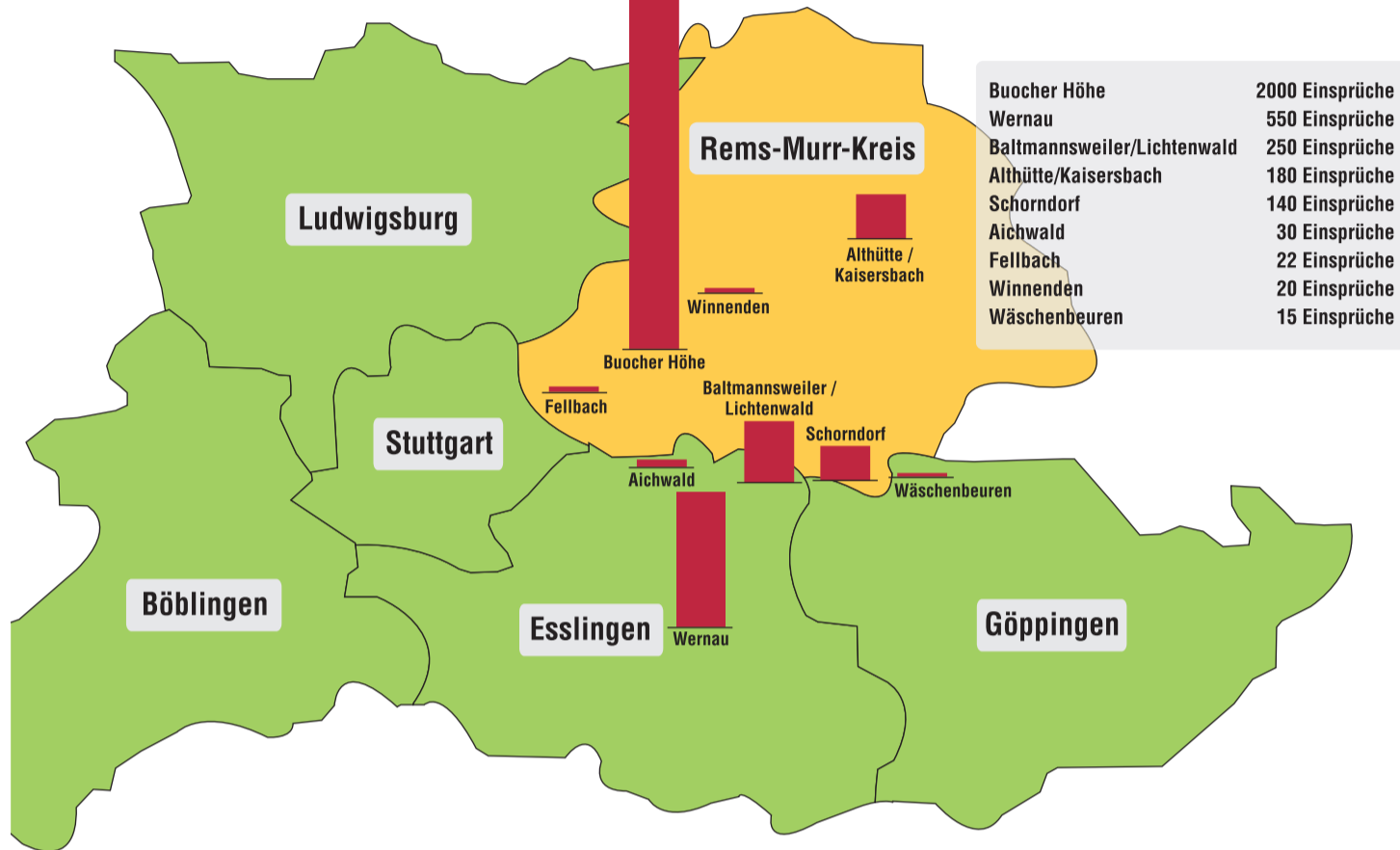
Bevor tatsächlich Bagger anrollen, läuft ein längeres Genehmigungsverfahren. Laut Verband Region Stuttgart soll die Regionalversammlung dieses Jahr über die Änderung des Regionalplans entscheiden, sprich: Nach dieser Entscheidung steht fest, wo Windräder gebaut werden können.

Die Regionalversammlung kann Standorte, die bis jetzt noch als Vorranggebiete für Windkraftanlagen infrage kommen, wieder aus dem Plan werfen, weil Bürger sich wehren. Sie muss dies aber nicht tun. Sollte sich das Gremium wegen des beachtlichen Protestes gegen den Standort Buocher Höhe entscheiden und ihn wieder aus der Liste der Vorranggebiete herausnehmen, können Korber Widerständler aufatmen: Dann ist die Sache vom Tisch, die Buocher Höhe bliebe mastenfrei.

Gegen die Entscheidung der Regionalversammlung kommen Kommunen nicht an:

### Einsprüche gegen

### Windkraft-Planung



Quelle: Verband Region Stuttgart / Grafik: ZVW

Mehr als 3000 Stellungnahmen zu einer Änderung des Regionalplanes sind viel, stellt Thomas Kiwitt fest. Angesichts der Öffentlichkeitsarbeit, die der Verband mit zehn Informationsveranstaltungen und zahllosen Auftritten in Gemeinderäten und Gremien geleistet habe, aber auch wieder nicht übermäßig viele. Die Mehrzahl der Stellungnahmen von Bürgern hat sich schließlich auf ein halbes Dutzend von insgesamt 96 Standorten bezogen. Allen voran zu dem als „WN 25“ bezeichneten Standort auf der Buocher Höhe. Das Pikante an diesem Vorranggebiet ist, dass es zwar weit weg von Waiblingen ist und doch im Waiblinger Stadtwald liegt – quasi vor der Haustür von Korb und Remshalden, die jedoch nicht darüber entscheiden dürfen. Kiwitt weiß, dass die 3000 Stellungnahmen nur eine Momentaufnahme sind und dass sich die Windkraft noch in einer „abstrakten Planungsebene“ bewegt. „Aufregertemen entstehen erst, wenn das Loch gebohrt wird.“

Der Regionalplaner erkennt eine gewisse Logik des Protestes. Dort, wo sich bereits zahlreiche Windräder drehen, ist die Akzeptanz der Bürger am höchsten. Zum Beispiel rund um Geislingen am Rand der Schwäbischen Alb. Und auch die umkämpften Standorte wie die Buocher Höhe haben eins gemeinsam: den geringen Abstand zur Wohnbebauung, die laut Gesetz

mindestens 700 Meter betragen muss. Der geringe Abstand zu den nächsten Häusern ist eines der Argumente der Bürgerinitiative „Schützt die Buocher Höhe“ gegen Windkraft. Ein anderes ist die Schutzwürdigkeit des Waldes und der Natur, bei dem sich ein Konflikt zwischen Landschaftsschützern und Windfreunden abzeichnet.

### Kein Windrad im Landschaftsschutzgebiet

Eine Stellungnahme des Landratsamtes Rems-Murr zu Windrädern in Landschaftsschutzgebieten steht noch aus. Wegen des Schutzes der Landschaft hat der Verband bereits in den Kreisen Böblingen, Esslingen und Göppingen ohne weitere Diskussion zehn Standorte gestrichen. Dass der Landschaftsschutz zum Windkraft-Bremser wird, indem waldökologische Bedenken oder der Artenschutz ins Feld geführt werden, befürchtet beispielsweise der Winter-

bacher Bürgermeister Albrecht Ulrich. Er bat deshalb Landrat Johannes Fuchs, seiner unteren Naturschutzbehörde bei ihrer Entscheidung genau auf die Finger zu schauen.

Beim Verband Region Stuttgart gingen aber nicht nur Einsprüche gegen Standorte ein. Sondern auch Wünsche vor allem aus dem Norden des Kreises Ludwigsburg und aus Göppingen, bitte weitere Standorte auszuweisen. Dass es in den Stellungnahmen auch einen Wunschstandort im Rems-Murr-Kreis gegeben hat, daran kann sich Thomas Kiwitt nicht erinnern.

### Info

Die Initiative „Schützt die Buocher Höhe“ bietet am kommenden Mittwoch, 23. Januar, eine Bürgerinformationsveranstaltung in der Remstalhalle in Korb mit „Daten und Fakten aus erster Hand von Sachverständigen und fachkompetenten Referenten“ an. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr.

### Kommentar

## Wir brauchen keine Windkraft auf der Buocher Höhe

VON FRANK NIPKAU



Die Bürger hatten das Wort, und das Ergebnis ist erstaunlich. Obwohl die Region Stuttgart einst 96 Windkraft-Standorte mit rund 500 Windrädern plante, gibt es – insgesamt gesehen – kaum Widerstand der Bürger. Bei 80 Standorten mit fast 400 Windrädern ging kein einziger Bürgerprotest ein. Das bedeutet: Die Energiewende wird auch in der Region Stuttgart großflächig von der Bevölkerung unterstützt. Und sie kann umgesetzt werden, sofern sich Investoren finden.

Außerdem gibt es sogar Gebiete, wie auf der Schwäbischen Alb, da wird bereits nach mehr Windkraft verlangt. Kein Wunder: dort weht Wind, dort gibt es genügend Platz und damit Abstand zur Bebauung. Dort gehören Windräder bereits zum Alltag.

Wenn man sich die Bürgereinsprüche genau anschaut, gibt es nur zwei Gebiete, in denen sich der Bürgerzorn deutlich bemerkbar macht. Das ist zum einen Wernau im Kreis Esslingen. 550 von insgesamt 3267 Einsprüchen beziehen sich auf die-

ses Projekt. Aber dieser Konflikt ist eigentlich nichts im Vergleich zur Buocher Höhe. 2000 von 3267 Einsprüchen in der Region Stuttgart machen sich gegen dieses Projekt stark.

Dies ist ein klares Votum. Deshalb stellt sich die Frage: Warum gibt die Stadt Waiblingen ihr Prestigeobjekt nicht auf? Denn für die Energiewende in der Region Stuttgart brauchen wir den Standort Buocher Höhe nicht. Es gibt genug Alternativen.

Der Verzicht auf das Projekt wäre ein Gebot der politischen Klugheit. Und eine Lektion aus den bitteren Erfahrungen rund um Stuttgart 21. Denn der Konflikt um den geplanten Tiefbahnhof hat deutlich gezeigt, dass ein jahrelanger Kleinkrieg zwischen Kommunen und Bürgern nur Wunden schlägt und keinen Gewinner kennt. Waiblingen müsste zwar auf Strom aus schwäbischer Windkraft verzichten und dann vielleicht auf Strom aus badischer Wasserkraft zurückgreifen. Doch das wäre das kleinere Übel als jahrelanger Streit und wachsender Bürgerfrust.

Deshalb: Wir brauchen Windkraft – aber nicht auf der Buocher Höhe.

### Das Verfahren

Im Juli 2012 ist der Regionalversammlung der Entwurf für eine Teilfortschreibung des Regionalplans vorgelegt worden. Mit einer **Maximalkulisse von 96 Vorranggebieten** ging die Region in die Beauftragungsrunde. Grundlage war der Windatlas des Landes.

Bis 30. November hatten Gemeinden, Behörden und Naturschutzverbände wie auch die Bürger Gelegenheit sich zu äußern. Derzeit erfolgt die **Auswertung und**

**Aufbereitung** der Stellungnahmen. Vorgehen ist, dass die Teiländerung des Regionalplans im Jahr 2013 von der Regionalversammlung beschlossen wird.

Kompliziert wird es bei Standorten in **Landschaftsschutzgebieten**, die zunächst förmlich geändert werden müssen, bevor dort Windräder gebaut werden dürfen. Über sie wird in den Landratsämtern entschieden.